

# Katholisches Forum Leben in der Illegalität

Vorsitzender: Weihbischof Dr. Josef Voß, Münster, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz

Geschäftsstelle c/o Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS)  
Witzlebenstr. 30a 14057 Berlin

Weitere Mitglieder:



**Sperrfrist bis 2.3.2005 , 11 Uhr. ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

## **Pressegespräch zur Vorstellung des Manifests „Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion“ am 2. März 2005 in der Katholischen Akademie Berlin**

Das im Januar dieses Jahres in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz beansprucht, Zuwanderung nach Deutschland umfassend zu steuern und zu begrenzen. Diesem Anspruch kann es jedoch nur schwer gerecht werden, da das Phänomen der illegalen Zuwanderung und der aufenthaltsrechtlichen Illegalität dort weitgehend ausgeblendet und ausschließlich aus ordnungsrechtlicher Perspektive behandelt wird. Schließlich leben schätzungsweise zwischen 500.000 und einer Million Menschen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland.

Illegale Zuwanderung ist als Begleiterscheinung der sich globalisierenden Weltgesellschaft längst ein Massenphänomen, nicht nur in Deutschland. Und die Probleme, die für die betroffenen Menschen und für die Gesellschaft daraus entstehen, verschwinden nicht, indem man sie verschweigt oder sich auf mehr oder weniger erfolgreiche Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung oder Grenzsicherung beschränkt.

Wie Sie der Einladung zu unserem Pressegespräch entnehmen können, stehen die Kirchen und ihre Einrichtungen mit dieser Problemanalyse nicht allein: Schon im Bericht der so genannten „Süßmuth-Kommission“ im Juli 2001 wird auf das Problem aufmerksam gemacht. Auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Zuwanderung und Integration, der so genannte „Zuwanderungsrat“, stellte Ende 2004 fest, dass „illegale Zuwanderung, Menschenmuggel und Menschenhandel“ Konfliktthemen sind, die dringend „zum Thema gemacht und bearbeitet werden“ müssen. Dass Prof. Bommes, der Vorsitzende des Rates für Migration, gemeinsam mit mir zum heutigen Gespräch eingeladen hat, zeigt, dass auch die Migrationsforschung das Thema aufmerksam verfolgt. Prof. Bommes wird Ihnen dazu noch nähere Auskunft geben können.

Für die Kirche geht es in erster Linie nicht um die *Zahl* der illegalen Migranten oder die *Wege*, wie sie nach Deutschland kommen. Es geht uns vor allem um die schwierige humanitäre Lage der Menschen: jedes einzelnen Menschen. Neben der konkreten pastoralen und sozialen Hilfe für Menschen in Not versucht die Kirche seit Jahren auch in der Öffentlichkeit durch Publikationen, Stellungnahmen und Gutachten Bewusstsein für das Thema zu schaffen und

Geschäftsstelle c/o  
Jesuiten-Flüchtlingsdienst  
Deutschland (JRS)

Witzlebenstr. 30a  
14057 Berlin  
Fon 030/ 32602591  
Fax 030/32602592  
[www.forum-illegalitaet.de](http://www.forum-illegalitaet.de)  
[forum-illegalitaet@web.de](mailto:forum-illegalitaet@web.de)  
Darlehenskasse Münster  
Kontoinhaber: Verband der  
Diözesen Deutschlands  
Kto: 38 38 300  
BLZ: 400 602 65  
Verwendungszweck:  
Projekt "Illegalität"

Sperrfrist bis 2.3.2005, 11 Uhr! Es gilt das gesprochene Wort!

so die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dies haben wir bei zahlreichen Gelegenheiten getan: In der Handreichung „Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung“ vom Mai 2001, im Rahmen der Arbeiten der Unabhängigen Kommission Zuwanderung oder bei der Anhörung des Bundestags-Innenausschusses zum Zuwanderungsgesetz. Bisher hatten wir damit leider keinen nachhaltigen Erfolg: Immer wieder wurden wir von unseren Gesprächspartnern in Politik und Verwaltung darauf hingewiesen, dass erst *nach* Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes wieder Spielraum gegeben sei, auch das Thema „Illegalität“ zu behandeln.

Jedoch droht gerade derzeit wieder die Diskussion um den Visa-Missbrauch das Thema in der Versenkung verschwinden zu lassen, indem erneut Kriminalität und illegale Migration in einen Topf geworfen werden. Wieder hört man seitens der Politik, dass längst fällige, mögliche und umsetzbare Verbesserungen auf dem Gebiet der humanitären Problematik illegaler Migranten und ihrer Unterstützer zu verschieben seien, bis 'die Situation' dafür besser geeignet sei. Ähnliches hörten wir nach den terroristischen Anschlägen vom 11.9.2001 in den USA und dann erneut nach den Anschlägen vom 24.3.2004 in Madrid.

Damit genau dies nicht erneut passiert, wollen wir Ihnen heute zwei wichtige Initiativen vorstellen:

In Kooperation mit dem Rat für Migration hat das Katholische Forum *Leben in der Illegalität*, das im September des letzten Jahres gegründet wurde, eine Serie von Fachtagungen konzipiert, die jedes Jahr ein spezifisches Thema aus dem Problemkomplex „Illegalität“ behandeln werden. Darauf wird Prof. Bommes noch eingehen.

Sodann freuen wir uns, Ihnen ein Manifest vorzustellen, für das wir in den vergangenen Monaten um Unterstützung geworben haben. Die Unterzeichner kommen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft: aus den Wohlfahrtsverbänden, aus Wissenschaft und Bildung, Kunst und Kultur, aus der Wirtschaft, von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Aber auch aus Politik und Verwaltung – und zwar aus allen demokratischen politischen Lagern.

Sie alle fordern: Der Problemkomplex „Illegalität“ muss in seiner ganzen Vielfalt in den Blick genommen werden, und die Probleme müssen pragmatisch und vor allem sachgerecht analysiert und behandelt werden. Polarisierungen und „einfache Lösungen“ sind fehl am Platz.

Ich will nicht versäumen, mich an dieser Stelle bei allen zu bedanken, die uns in dieser Sache unterstützt haben. Darunter finden sich auch manche, die man eher selten in einer politischen Auseinandersetzung an der Seite der Kirche findet. Das macht deutlich, wie groß das Problem ist. Das Schicksal von Menschen zu verbessern, die oft unter unwürdigen Bedingungen leben müssen, ist das gemeinsame Anliegen der Unterzeichner.

Die für uns selbst überraschend große Resonanz auf unsere Initiative scheint uns für die zukünftige Arbeit auf diesem Gebiet aus drei Gründen bedeutsam:

1. Erstmals wird für Deutschland öffentlich sichtbar, auf welcher breiter fachlicher und gesellschaftlicher Basis über das Thema bereits nachgedacht wird und wie viele bereit sind, sich in einen differenzierten Diskurs

Sperrfrist bis 2.3.2005, 11 Uhr! Es gilt das gesprochene Wort!

einzubringen. Es wird deutlich, dass es ein großes Reservoir an Expertise gibt, um die drängenden Fragen zu bearbeiten: *Rechtliche Fragen* können beispielsweise angegangen werden mit ehemaligen Justizministern, Verfassungsrichtern, Anwälten, Professoren, *Fragen der Entwicklungszusammenarbeit* mit den Entwicklungspolitikern in Parlament und Parteien, staatlichen Entwicklungsorganisationen, kirchlichen Hilfswerken und Wohlfahrtsverbänden. Weitere Beispiele können Sie der umfangreichen, Ihnen vorliegenden Liste der Unterzeichner entnehmen. Auf dieses Reservoir werden wir in den kommenden Jahren, wenn wir die Jahrestagung Illegalität veranstalten, gerne zurückkommen.

2. Eine Vernetzung der Fachleute, Institutionen und Verbände wird einfacher, wenn nun öffentlich ist, wer das Manifest unterzeichnet hat. Wenn beispielsweise eine Kommune in Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden und Ärzten vor Ort die medizinische Versorgung „Illegaler“ verbessern will, kann leichter auf Erfahrungen an anderen Orten zurückgegriffen werden. Diese Vernetzung soll auch durch das Katholische Forum *Leben in der Illegalität* unterstützt werden.

3. Schließlich ist dieses Manifest ein klares Signal an alle, die die Probleme verschweigen oder mit einfachen Lösungen operieren wollen. An sie ergeht die Einladung, sich am entstehenden Diskurs zu beteiligen. Wenn Sie fragen, was unsere ersten konkreten Forderungen sind, dann hebe ich aus der Sicht der Kirche, ohne dafür alle Unterzeichner des Manifestes in Anspruch nehmen zu wollen, Folgendes hervor: Wir fordern, dass die drei grundlegenden sozialen Rechte, die Illegale nach dem deutschen Recht haben, angstfrei in Anspruch genommen werden können: also medizinische Versorgung, Schulbesuch von Kindern und das Recht auf Lohn für geleistete Arbeit.

Darüber hinaus muss umgehend mit rechtlicher Verbindlichkeit klargestellt werden, dass humanitär motivierte Hilfe NICHT unter den Straftatbestand der Beihilfe zu unerlaubter Einreise und unerlaubtem Aufenthalt fällt. Die Politik verschiebt diese Klarstellung seit Jahren. Und angesichts der so genannten Visa-Affäre droht jetzt erneut eine Zeit des Abwartens und Vertröstens. Dies ist im Interesse der Betroffenen nicht hinnehmbar. Wer illegalen Zuwanderern humanitäre Hilfe leistet, muss endlich Gewissheit haben, nicht vom Strafgesetz bedroht zu werden.

Ich hoffe sehr, dass die Initiativen, die wir Ihnen heute vorstellen, in all diesen Fragen eine neue politische Dynamik auslösen. Ihnen allen danke ich für Ihr Kommen und Ihre Aufmerksamkeit.

Berlin, 2.3.2005

Weihbischof Dr. Josef Voß, Münster  
Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz  
Vorsitzender des Katholischen Forums Leben in der Illegalität